

„Demokratie ist kein Geschenk“

SERIE Gießener Politikwissenschaftler Breitmeier fordert mehr Engagement der Bürger

Von Verena Napiontek

GIESSEN Wie funktioniert unsere Demokratie? Wo sind Schwächen? Diese Fragen beantwortet der Gießener Politikwissenschaftler Professor Helmut Breitmeier. Breitmeier beklagt dabei, dass beim Bürger mitunter die Anstrengung fehlt, politische Zusammenhänge verstehen zu wollen.

Funktioniert unsere Demokratie noch? Immer mehr Menschen sind ja der Ansicht, dass sie nicht gehört werden.

Helmut Breitmeier: Die repräsentative Demokratie beruht auf Verfahren wie regelmäßigen Wahlen, so dass die Teilnahme des Volkes durchaus gewahrt ist. Auch Formen der direkten Demokratie sind in den letzten Jahren ausgebaut worden, auch wenn wir da – wie ich finde – zur Zeit noch nicht alle Potenziale nutzen.

Aber es gibt trotzdem bedenkliche Entwicklungen wie etwa manche Verkrustungen im politischen System. Das spürt der Bürger. Er kann sich nicht immer so einbringen, wie er es gerne möchte. Die andere Seite der Medaille ist, dass der Bürger die ihm angebotenen Instrumente auch wahrnehmen muss. Es muss so etwas wie eine demokratische Kultur der Beteiligung geben. Es wäre wünschenswert, dass mehr Bürger zur Übernahme von politischer Verantwortung bereit wären. Ein Beispiel dafür ist die Bereitschaft, bei Kommunalwahlen auf Listen anzutreten.

Warum geschieht das nicht?

Breitmeier: Es hat sich eine Kultur der Passivität entwickelt. Man hat sich in dem bequemen demokratischen Nest eingerichtet. Der Bürger vergegenwärtigt sich dabei leider nicht, dass er sich auch beteiligen muss. Demokratie ist kein Geschenk. Dafür muss man sich engagieren und einbringen.

Sind Sie demnach auch für mehr Volksentscheide?

Breitmeier: Ich bin dafür, dass man mehr Formen der direkten Demokratie entwickelt. Ich halte dafür die kommunale Ebene und auch die Landesebene für besonders geeignet. Speziell auf



Das Wahlrecht der Staatsbürger ist eine der tragenden Säulen der Demokratie. Eine hohe Zahl von Nichtwählern gibt aber zu denken.

(Foto: dpa)



Helmut Breitmeier ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt internationale Beziehungen an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. (Foto: privat)

kommunaler Ebene entwickelt sich dabei auch die Möglichkeit, dass Bürger sich wieder stärker einbringen und Politik direkt beeinflussen können. Ich sehe aber auch auf Bundesebene durchaus den Bedarf an der Ausweitung von Formen direkter Demokratie.

Ein Argument gegen Volksentscheide ist, dass man unter Umständen Entscheidungen ermöglicht, die sogar der Verfassung widersprechen wie zum Beispiel die Einführung der Todesstrafe.

Breitmeier: Da würde ich aber entgegenhalten, dass man das in einem neuen Grundgesetzartikel und einem zusätzlichen Gesetz klar regeln könnte. Der Gegenstand von Entscheidungen direkter Demokratie sollte dementsprechend niemals grundlegenden Prinzipien einer auf Freiheit und Menschenrechten basierenden Verfassung widersprechen. Im Grundgesetz hat man dafür auch schon in Artikel 79 eine Sicherung eingebaut: Diese sieht vor, dass eine Änderung der in den Artikeln 1 bis 20 enthaltenen Grundrechte unzulässig ist.

Nur jeder zweite Ostdeutsche ist einer neuen Umfrage zufolge mit der Demokratie zufrieden. Wie erklären Sie sich das?

Breitmeier: Einerseits ist dies auf das nicht so lange zurückliegende Erbe der DDR zurückzuführen. Der Übergang von der alten autoritären Ordnung hat gezeigt, dass in einzelnen Bereichen autoritäre und demokratiefeindliche Einstellungen vorhanden sind. Dazu ka-

men neue Probleme wie die Arbeitslosigkeit und die Globalisierung, die mit der DDR-Geschichte wenig zusammenhängen.

Der Übergang zur demokratischen Gesellschaft ist auch in Ostdeutschland trotz manch neuer Probleme – wie zum Beispiel dem Rechtsextremismus – letztlich doch gelungen. Aber auch im Westen hat die Form des Nichtwählertums über Jahre zugenommen und auch hier gibt es Enttäuschungen über die Leistungsfähigkeit der Demokratie.

Muss man Demokratie demzufolge auch lernen?

Breitmeier: Ja. Das funktioniert aber nicht von heute auf morgen. Das ist ein langer Prozess, der sogar generationenübergreifend ist. Es dauert eine oder zwei Generationen, bis ein Land auch in der Breite der Zivilgesellschaft in der Demokratie angekommen ist und bis grundlegende demokratische Tugenden verwirklicht sind – dazu zählen Anerkennung von Freiheit und Menschenrechten und auch eine Kultur, das Wahlrecht wahrzunehmen und sich auch selbst für demokratische Ämter zu engagieren.

Erfordert Demokratie so auch eine Haltung von Akzeptanz und Toleranz? Vielen fällt es nicht leicht, Entscheidungen etwa für den Brexit, Donald Trump oder die AfD zu goutieren.

Breitmeier: Ein Wahlergebnis muss man – sofern es sich nicht gegen die Demokratie selbst richtet – anerkennen, weil es eine Entscheidung für eine begrenzte Zeit ist. Es ist änderbar. Nach Ablauf der Wahlperiode habe ich als Bürger wieder die Möglichkeit, einen erneuten Anlauf zu nehmen, um einen anderen Wahlausgang zu erzeugen. Ich verstehe auch nicht, warum das Brexit-Referendum die finale Entscheidung sein soll. Für Großbritannien würde es ja die Möglichkeit geben, ein neues Referendum abzuhalten. Im Neopopulismus sehe ich allerdings die Gefahr, dass diese Bewegungen selbst den Pluralismus nicht mehr akzeptieren. Diese Bewegungen beanspruchen, für das ganze Volk zu sprechen. In der Demokratie gibt es aber das grundlegende Prinzip des Pluralismus. Es muss von den

politischen Interessengruppen stets anerkannt werden, dass es auch Gruppen gibt, die andere Interessen haben.

Ist Populismus dann der hässliche Bruder der Demokratie?

Breitmeier: Nun, es ist sicherlich nicht das, was wir idealtypisch unter einer modernen Demokratie verstehen. Wir sollten aber auch

„Es hat sich eine Kultur der Passivität entwickelt. Man hat sich in dem bequemen demokratischen Nest eingerichtet.“

Ist es vielleicht auch eine einfache Sprache – wie sie ja auch US-Präsident Trump benutzt –, die gewünscht wird?

Breitmeier: Der politischen Elite und dem „System“ wird von den Bürgern häufig sehr viel Schuld zugewiesen. Es fehlt aber beim Bürger manchmal auch die Anstrengung, die Zusammenhänge verstehen zu wollen. Wir sollten dem Bürger deshalb auch sagen, dass er eine Verantwortung hat, sich selbst stärker für diese Dinge zu interessieren. Es geht schließlich um sein Wohl. Wir brauchen gleichwohl auch Talente in der Politik, die nicht nur Sprechblasen loslassen, sondern es schaffen, die komplexen Dinge einfach und verständlich zu erklären. Da ist bei unserer derzeitigen Elite an Politikern noch Luft nach oben.

Wo sehen Sie konkret die Schwächen der Demokratie?

Breitmeier: Trotz zahlreicher Kontrollmechanismen ist es auch in modern entwickelten Demokratien nicht einfach, die Elite zu kontrollieren. Am deutlichsten wird das im Bereich der Ökonomie, wo die Gehalts- und Bonuszahlungen für die Vorstandsmitglieder in einzelnen Konzernen völlig aus dem Ruder gelaufen sind.

Was könnte man verändern?

Breitmeier: Ich sehe die

Notwendigkeit, die Formen demokratischer Teilhabe auszubauen und gewisse Verkrustungen aufzubrechen. Ich bin auch dafür, dass sich die Parteien reformieren und stärker öffnen. Der Frust mit der aktuellen Parteidemokratie ist relativ groß, weil der Bürger die Auswahl der Kandidaten zum Beispiel



für Wahlkreise im Vorhinein gar nicht mit beeinflussen kann. Die Nominierung von Kandidaten ist mit einer festen Parteimitgliedschaft verbunden. Hier müssten sich die Parteien öffnen und sich schon bei der Aufstellung dem Wählervotum stellen. Ich finde es immer wieder beeindruckend, welche Politisierung bei den Vorwahlen in den USA passiert. Ich würde auch dafür plädieren, dass der Bürger bei Bundestagswahlen selbst bestimmen kann, wen er auf einer Landesliste nach vorn und nach hinten wählt. Auf diese Weise würden auch sofort viel mehr Frauen in die

Parlamente gewählt. Und es würden sicher auch die Generationen und Berufsgruppen stärker abgebildet werden als bisher. Es gibt viele Möglichkeiten, das System zu reformieren. Ich bin zum Beispiel auch dafür, den Bundespräsidenten direkt zu wählen. Wenn es nun mal unser Staatsoberhaupt ist, sollten wir auch bei der Wahl des Staatsoberhauptes eine bundesweite Abstimmung haben.

Und was kann der Einzelne tun?

Breitmeier: Das Eigeninteresse ist bei den Menschen inzwischen doch sehr stark ausgeprägt. Die Einstellung, sich für das Gemeinwohl zu engagieren, ist dagegen zurückgegangen. Das sehen wir nicht nur in der Politik, sondern auch in den Vereinen. Wir müssen vom Bürger schon erwarten, dass er sich stärker engagiert.

Dann sollte es also auch weniger Politikerschelte geben?

Breitmeier: Ja. Es kann nicht nur einseitige Schuldzuschreibungen an den Politiker geben. Politiker haben hier in Deutschland ein ganz schlechtes Image. Oft verdienen sie das nicht. Es gibt sehr viele Politiker, die sich sehr stark engagieren und ohne die dieses System auch nicht funktionieren würde. Ich muss auch sagen, dass ein Bundestagsabgeordneter – wenn man seinen Einfluss und seine Verantwortung berücksichtigt – im Vergleich zu dem, was Menschen in der Wirtschaft bekommen, nicht das große Geld verdient. Alleine die Vorurteile gegenüber Politikern spiegeln teilweise antidemokratische Haltungen wider. Natürlich gibt es teilweise auch eine Art Selbstbedienungsmentalität der Parteien und Politiker. Das kann man nicht wegdiskutieren. Aber da vertraue ich auf die Presse und die im demokratischen System bestehenden Institutionen, dass sie solche Defizite auch immer wieder aufspüren.

Welche Rolle spielt der Lobbyismus?

Breitmeier: Lobbyismus bekommen wir in einer pluralen Gesellschaft nicht weg. Das Problem ist aber, dass Mitglieder einzelner Lobbys unterschiedlich starken Zugang zu den Zentren der Macht haben. Die ökonomischen Eliten haben in der Regel einen schnelleren und stärkeren Zugang als die Zivilgesellschaft, also etwa Umwelt- oder Menschenrechtsgruppen. Das müsste sich ändern.

GEWALTENTEILUNG

Die Gewaltenteilung ist die Verteilung der Staatsgewalt auf mehrere Staatsorgane. Sie gehört zu den Prinzipien unserer Demokratie und ist im Grundgesetz verankert. Die staatliche Gewalt ist in mehrere Gewalten aufgeteilt:

- die legislative, auch gesetzgebende Gewalt genannt
- die exekutive beziehungsweise vollziehende Gewalt
- die judikative oder Recht sprechende Gewalt

Die drei Gewalten sollen sich gegenseitig kontrollieren und somit staatliche Macht begrenzen. Wenige Menschen sollen nicht zu viel entscheiden können.

Der Bundestag ist nach dem Prinzip der Gewaltenteilung die gesetzgebende Gewalt (Legislative) in Deutschland. Demgegenüber stehen die Bundesregierung als Exekutive und die Bundes- und Landesgerichte als Judikative. Die Gewaltenteilung dient auch der Sicherung von Freiheit und Gleichheit. (vn)

